

DGB: Immense Kosten des NATO-Gipfels «nicht vertretbar»

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert die «immensen» Kosten des im April in Baden-Baden und Straßburg stattfindenden NATO-Gipfels. Es sei «nicht vertretbar», rund 50 Millionen Euro für den Polizeieinsatz und die «Selbstinszenierung» von Politikern und Militärs auszugeben, sagte der baden-württembergische DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener am Montag in Stuttgart.

Stuttgart/Karlsruhe (ddp-bwb). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert die «immensen» Kosten des im April in Baden-Baden und Straßburg stattfindenden NATO-Gipfels. Es sei «nicht vertretbar», rund 50 Millionen Euro für den Polizeieinsatz und die «Selbstinszenierung» von Politikern und Militärs auszugeben, sagte der baden-württembergische DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener am Montag in Stuttgart. Denn zugleich spare die Landespolitik an der Ausstattung und Besoldung der Polizei. Außerdem sei das Geld für Bildung und Soziales knapp.

Aktivisten der Friedensbewegung kritisierten unterdessen das pauschale Vorgehen der Behörden mit Blick auf den NATO-Gipfel. «Wir werden immer nur kriminalisiert», sagte Monty Schädel, der politische Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK). Die Behörden hätten «Angst vor den Demonstranten», sagte Schädel am Montag nach einem Treffen mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe. Demonstranten würden «immer in Verbindung mit Chaos und Randalen gebracht, aber nie in Zusammenhang mit ihrem guten Recht, zu demonstrieren». Innenminister Heribert Rech (CDU) warf Schädel «Verbalradikalismus» vor, der die Atmosphäre unnötig aufheize.

Während die französische Polizei in Vorbereitungsgesprächen signalisiert habe, dass sie sich «diskret» verhalten werde, habe sich die deutsche Polizei zu solchen Aussagen bislang nicht bereit gefunden. Sie verweise stets auf ein gewaltbereites «Potenzial» von Störern, das man in den Griff bekommen müsse. Es sei schade, dass man von den NATO-Gegnern Offenheit und Fairness verlange, selbst umgekehrt aber nicht dazu bereit sei, sagte Schädel an die Adresse der Behörden. Auch in der Bevölkerung gebe es eine große Unsicherheit, weil die Behörden kaum mit Informationen über Sperrzonen herausrückten.

Zu den im Regierungspräsidium vorstelligen Organisationen gehörten den Angaben zufolge unter anderem Pax Christi, das Friedensnetzwerk Baden-Württemberg und linksradikale Protestgruppen. Sie sprachen nach Angaben Schädels «in Vertretung der bundesweiten und internationalen Vorbereitungskreise der Proteste gegen den NATO-Gipfel 2009».

Der DGB rief zwar nicht selbst zu Protesten gegen den NATO-Gipfel auf, betonte aber das Recht auf friedlichen Protest. Die Versammlungsfreiheit dürfe nicht durch überzogene Sicherheitsmaßnahmen in Frage gestellt werden. Bliesener forderte Rech auf, «zur Deeskalierung beizutragen statt die Demonstranten schon im Vorfeld als Rechtsbrecher zu diffamieren und schikanöse Auflagen für die geplanten Protestcamps zu machen».

Mon. 09. Feb., ddp Politik